

**Felix Gediga, Praktikant in der Geschäftsstelle der SOG**

Bericht über das Fachgespräch in der Geschäftsstelle der Südosteuropa-Gesellschaft mit Botschafter Michael Schmunk (GIGA, Hamburg) am 18. Mai 2016 zum Thema:

## **Europa blickt nach Pressburg:**

# **Die Slowakei nach den Parlamentswahlen und vor ihrem ersten EU-Ratsvorsitz 2016**

Die Slowakei wird im zweiten Halbjahr 2016 zum ersten Mal in ihrer Geschichte den EU-Ratsvorsitz übernehmen. Der Slowakei, die im März 2016 erst Parlamentswahlen mit schwierigem Ergebnis für eine Regierungsbildung erlebte, kommt somit auch europaweit eine wichtige Rolle zu. Dies hat die Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) zum Anlass genommen, den ehemaligen deutschen Botschafter in Bratislava, Michael Schmunk, zu einem Gespräch zu laden. Schmunk, der zur Zeit am German Institute of Global and Area Studies in Hamburg tätig ist, bot einen Überblick über die Nationalratswahlen und deren Ergebnisse, über die wirtschaftliche Verfasstheit, über die Positionen der Slowakei zu aktuellen Kernfragen in der EU (Flüchtlingsfrage; Brexit; Finanzkrise) und richtete einen besonderen Blick auf die Beziehungen des Landes mit Deutschland.

In der **Wirtschaft**, so der Referent, zeige sich ein West-Ost-Gefälle mit dem wirtschaftlich starken Bratislava (5. reichste Region der EU) und der wirtschaftlich schwachen Ostslowakei. Die Automobilindustrie ist dominant. So ist Volkswagen mit Abstand der größte ausländische Investor und Arbeitgeber mit ungefähr 10.000 Beschäftigten (ein wichtiger Faktor sind hier die qualifizierten Arbeitskräfte). Aber auch Konzerne der Technologiebranche sind in der Slowakei mit eigenen Werken vertreten. Das Problem, dass die Slowakei bisher keinen richtigen internationalen Flughafen habe, werde, wie Botschafter Schmunk anführt, durch die geografische Nähe Bratislavas zu Wien aufgefangen.

Botschafter Schmunk unterstrich die sehr guten **bilateralen Beziehungen** zwischen Deutschland und der Slowakei (vgl. Tabelle 1). Eine Studie der *Association for International Affairs*, in Prag, die in den Staaten der Visegrád-Gruppe unter Diplomaten, Beamten, Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und Geschäftsleuten durchgeführt wurde, zeige, dass Deutschland mit Abstand als der wichtigste Partner der slowakischen Außenpolitik erachtet wird und mit Blick auf die Qualität der bilateralen Beziehungen gleich hinter der Tschechischen Republik auf Platz zwei rangiert.

**Tabelle 1: Übersicht slowakische Außenpolitik**

Welche Länder sind am wichtigsten für ihre Außenpolitik?	Wie bewerten Sie die Qualität der bilateralen Beziehungen mit dem Ausland auf einer Notenskala von 1 bis 5? (1 hervorragend – 5 schlecht)
Deutschland	Tschechische Republik 1,1
USA	Deutschland 1,4
Frankreich	Österreich 1,6
Vereinigtes Königreich	USA 1,6
Ukraine	Österreich 1,7
Russland	Serbien 1,9
	Russland 2,7

Botschafter Schmunk führte an, dass die Haltung der Slowakei gegenüber Russland besonders interessant sei. So etwa würde den sozialdemokratischen Politikern des Landes nachgesagt, dass sie sich „nie wirklich von Moskau“ gelöst hätten. In der Diskussion und Durchsetzung von EU-Sanktionen gegenüber Russland im Zuge der Krim-Krise habe sich Bratislava neutral verhalten. Einer Studie der *Slowakischen Atlantischen Kommission* und des *Central European Policy Institute* zufolge ist die slowakische Bevölkerung überwiegend pro-westlich orientiert (65 %), was auch auf einen wirtschaftlichen Pragmatismus schließen lasse. Aufmerksam beobachtet werden müsse aber, dass die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft des Landes deutlich zurückgehe – sie habe 2010 bei 68 % gelegen und ist mittlerweile auf 52 % gesunken. Auch in der Slowakei gewinne der Euroskeptizismus an Boden. Der Rückhalt für eine NATO-Mitgliedschaft ist eher gering, er liegt bei 30%.

Ausführlicher befasste sich der Referent mit den Ergebnissen der jüngsten **Nationalratswahlen am 5. März 2016**, die in einer herben Wahlniederlage der bis dahin mit absoluter Mehrheit regierenden SMER mit Premier Robert Fico resultierte (vgl. Tabelle 2). Seiner Ansicht nach wären klassische Themen, wie etwa das unterfinanzierte Bildungssystem und das reformbedürftige Gesundheitswesen, wie gemacht für den Wahlkampf einer sozialdemokratischen Partei gewesen. Der Spitzenkandidat Robert Fico von der SMER-SD aber habe keine überzeugenden Antworten für die Probleme der Bevölkerung angeboten, wie er auch die Themen Korruption und Vetternwirtschaft vernachlässigt hatte. Das bestimmende Wahlkampfthema war letzten Endes die Flüchtlingsproblematik, mit dem konservative Wähler durch pseudo-rechte Parolen angesprochen werden sollten. Das Ergebnis war eine Wahlschlappe von SMER (Richtung - Sozialdemokratie), die zwar immer noch stärkste Partei blieb, aber von ehemals 44,4 % auf 28,3 % abrutschte. Weitere Verlierer der Wahl im Vergleich zu den letzten Wahlen 2012 waren die Christlich-Demokratische

Bewegung (KDH) und Slowakische Demokratische und Christliche Union (SKDÚ-DS). Beide scheiterten an der 5%-Klausel und sind deshalb nicht mehr im Parlament vertreten. „Der zweite Schock“, wie Botschafter Schmunk konstatierte, war der Aufstieg der neo-faschistischen Gruppierung *Volkspartei – Unsere Slowakei* unter der Führung von Marian Kotleba, die aus dem Stand heraus 8,04% der Stimmen gewonnen habe. Kotleba habe bereits 2013 die Regionalwahlen in Banska Bystrica für sich entscheiden können und sei zum Landeshauptmann gewählt worden. Seine Hauptwähler seien jung, sie stammten aus den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten der Mittel- und Ostslowakei und sind euroskeptisch gesinnt. Kotleba habe im Wahlkampf der Nationalratswahlen auf die Verlierer abgezielt und mit nationalistischen, ausländerfeindlichen Themen, mit dem Plädoyer für einen Austritt aus der EU und NATO und gegen Korruption um die Wählergunst geworben. Auch die nationalkonservative Partei *Freiheit und Solidarität* habe mit euro-kritischen und neo- und wirtschaftsliberalen Ansichten geworben; sie wurde mit 12,1% zweitstärkste Kraft.

Die schwierigen Mehrheitsverhältnisse hätten dazu geführt, wie Schmunk erläuterte, dass Robert Fico eine Koalition mit vier Parteien (*Slowakische Regionalpartei, Brücke und #Netzwerk*) eingehen musste, die 49,02% beziehungsweise 85 Sitze im Nationalrat von 150 gesamt repräsentiert. Allerdings, so der Referent weiter, seien inzwischen einige Abgeordnete aus ihren Fraktionen ausgetreten, so dass nur noch 81 oder 80 Mandate die Regierung unterstützen. Zugeständnisse mit der Einräumung der Besetzung des Postens des Parlamentspräsidenten machte Fico, welcher nunmehr von der SNS in Person von Andrej Danko gestellt wird. Zum Wahlergebnis der Partei *Brücke* gab Schmunk an, dass seines Erachtens Zulic sehr liberal sei und *SNS, Brücke und Netzwerk* monothematisch aufgestellt seien und hauptsächlich Wirtschaftspolitik betrieben. In der Diskussion kam die Frage auf, ob und inwieweit das slowakische Parteienspektrum mit dem in Deutschland verglichen werden könne, ist doch Südosteuropa sehr durch Klientelpolitik charakterisiert. In der Tat, so Schmunk, würden in der Slowakei andere Einflüsse vorherrschen, vor allem aus dem Raum der ehemaligen Sowjetunion; innerparteiliche Demokratie sei nur bedingt ausgeprägt, die Parteien zeichneten sich durch einen straffen hierarchischen Aufbau mit dem „Blick nach oben“ aus. Der Klientelismus steigere sich innerhalb der Slowakei von West nach Ost. Die Parteien versprachen, den Klientelismus zu beseitigen, die Wähler glaubten dies, und deshalb wurden tendenziell rechte Parteien gewählt.

**Tabelle 2: Wahlergebnisse der Nationalratswahl vom 5. März 2016 im Vergleich zu 2012**

Partei	Ergebnis 2016 in Prozent	+/- in Prozent	Sitze 2016	+/- Sitze
Richtung – Sozialdemokratie (SMER-SD)	28,28	-16,13	49	-34
Freiheit und Solidarität (SaS)	12,10	+6,22	21	+10
Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen (OL'aNO)	11,02	+2,47	19	+3
Slowakische Nationalpartei (SNS)	8,64	+4,09	15	+15
Kotleba – Volkspartei Unsere Slowakei (L'SNS)	8,04	+6,46	14	+14
Wir sind eine Familie – Boris Kollár (SR)	6,62	+6,62	11	+11
Brücke (Most-Híd)	6,50	-0,39	11	-2
#Netzwerk (#Siet')	5,60	+5,60	10	+10
Christlich-Demokratische Bewegung (KDH)	4,94	-3,88	0	-16
Partei der ungarischen Gemeinschaft (SMK-MKP)	4,04	-0,24	0	0
Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei (SDKú-DS)	0,26	-5,83	0	-11

Die Flüchtlingsfrage, die den Wahlkampf in der Slowakei dominierte, habe auch in den deutschen Medien Eingang gefunden, wonach das Hauptthema in den deutschen Medien die von Fico ausgegebene Parole: „Der Islam gehört nicht zur Slowakei“ und der Widerstand gegen eine **EU-weite Verteilung der Flüchtlinge** nach Quoten gewesen sei. Zusammen mit den anderen Visegrád Staaten klagt die Slowakei gegen die Beschlüsse der EU bezüglich der Umsetzung der Flüchtlingsvereinbarungen beim Europäischen Gerichtshof. Entgegen der Angst vor einer Überfremdung sei es Fakt, dass die Slowakei nur wenige Asylsuchende aufgenommen hat: so seien 2015 lediglich 330 Asylanträge gestellt worden, von denen nur acht positiv entschieden wurden. Zu den Gründen des Umganges mit Flüchtlingen in dieser Form zitierte der Botschafter einen Artikel von

Reinhard Veser (FAS, 06.12.2015), der drei wesentliche Faktoren anführt: Zum einen die Angst vor Überfremdung, zweitens eine bereits andauernde Identitätskrise mit der Furcht vor einer übermächtigen EU und drittens die Dominanz einer politischen Elite, welche keinen Respekt vor der Demokratie habe.

Schmunk referierte kurz über die Geschichte der **Visegrád- Gruppe und die Rolle der Slowakei**. Die Staatengemeinschaft, die 1991 von Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn 1991 als politische, kulturelle und wirtschaftliche Allianz gegründet worden sei, habe bis auf den „Visegrád-Fonds“ in Bratislava, der zur Finanzierung von kulturell-wissenschaftlichen Projekten dient, keine festen Institutionen. Die Zusammenarbeit habe Höhen und Tiefen erlebt, welche sich zuletzt offen in der Ukraine-Krise zeigten. So war Polen ein Befürworter der EU-Sanktionen gegen Russland, wohingegen Tschechien und die Slowakei auch aus Angst vor wirtschaftlichen Nachteilen sich eher gegen Sanktionen wandten. Während die Sanktionen die V-4 spalteten, habe die Flüchtlingskrise sie wieder vereint, vor allem nach dem Regierungswechsel in Polen.

Die kommende **EU-Ratspräsidentschaft** der Slowakei werde von deutscher Seite durch einen deutschen Austausch-Diplomaten in das slowakische Außenministerium gefördert. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise und eines möglichen Brexits des Vereinigten Königreiches werde die Ratspräsidentschaft keine leichte Aufgabe und arbeitsreich werden. Der slowakische Vorsitz habe zunächst nur „vorläufige“ Prioritäten gesetzt, da der Ausgang des Referendums im Vereinigten Königreich fundamental auf die Agenda und die Zukunft der EU einwirken werde. Vorläufige Schwerpunkte des Vorsitzes des EU-Rates der Slowakei seien u.a.: den digitalen Binnenmarkt voranzutreiben, Wirtschaftswachstum in der EU zu befördern, Energiefragen (die Abkehr von fossilen Brennstoffen; Schaffung der Energieunion), die Lösung der Flüchtlingsproblematik und die Erweiterung der EU, insbesondere auf dem Westlichen Balkan. Die Sicherstellung der Energiesicherheit der EU ist ein wichtiges Anliegen, so ist die Slowakei ein wichtiges Transitland für Erdgas aus Russland und Zentralasien. Mit dem Bau von *North Stream 2* und weiterer Pipelines in Südeuropa werde die hervorgehobene Stellung in Frage gestellt. Bezüglich der Aufnahme neuer EU-Mitglieder sei die grundsätzliche Stimmung der EU derzeit zurückhaltend. Problematisch sei zudem, dass der Kosovo nach wie vor nicht von 5 EU Mitgliedstaaten (darunter die Slowakei) nicht anerkannt werde.

In der **Diskussion** wurde seitens eines slowakischen Vertreters der gegenüber der Slowakei immer wieder vorgebrachte Vorwurf mangelnder Solidarität des Landes gegenüber der EU zurückgewiesen. Vielmehr leiste die Slowakei bei der Flüchtlingskrise im Rahmen bestehender Verträge eher

finanzielle und personelle Beiträge zur Linderung. Des Weiteren wurde betont, dass – im Gegensatz zur Slowakei - nicht alle EU-Mitgliedstaaten bestehende Verträge, wie beispielsweise den Vertrag von Maastricht und das Dubliner Abkommen einhielten und die Slowakei solide Staatsfinanzen habe. Abschließend wurden in der Diskussion die Minderheiten angesprochen; besonders die Roma im Osten des Landes würden wenig Unterstützung von Seiten des Staates erfahren. Die slowakische Regierung habe einen Beauftragten für die Belange der Roma eingesetzt, jedoch sei der Umgang ein gesamteuropäisches Problem. Die Entwicklung der Bildungs- und Kulturpolitik und der Einfluss deutscher politischer Stiftungen wurde ebenso kurz angesprochen. Botschafter Schmunk berichtete, dass das deutsche duale Ausbildungssystem freudig in der Slowakei umgesetzt werde, jedoch die Gefahr einer Monoindustrie (Automobilindustrie) bestünde. Das Niveau der Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften an Hochschulen sei hoch, es besteht die Gefahr der Abwanderung qualifizierter Kräfte. Die Geisteswissenschaften hätten einen schwereren Stand, speziell das Fach Politologie ist eher schwach vertreten. Zur Förderung der Kulturpolitik habe sich besonders Österreich hervorgehoben.